Griechenland

NIKOLAUS WENTURIS

Die EG in den griechischen Medien

Für die Leser konservativer Tageszeitungen in Griechenland müssen zwei Ereignisse des vergangenen Jahres ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Frage nach dem Grad griechischer Integration in die Europäische Gemeinschaft geworfen haben: der Kongreß der konservativen Fraktion (Europäische Demokraten) im Europaparlament vom 7. bis 10. September, und der Kongreß der Christ-Demokraten (Fraktion der Europäischen Volkspartei) vom 10. bis 12. November 1982 in Griechenland. Den Lesern dieser, der Opposition nahestehenden, Zeitungen kann allerdings kaum entgangen sein, daß beide Ereignisse – trotz eindeutiger europapolitischer Bedeutung – von der Nea Dimokratia (ND) primär zur Verfolgung parteipolitischer Zwecke sowie zur Verwirklichung innenpolitischer Zielsetzungen instrumentalisiert wurden.

Die Leser von regierungsfreundlichen Presseorganen sowie die sich durch Rundfunk- und Fernsehanstalten informierende Öffentlichkeit wiederum wurden nur auf ein einziges Ereignis mit europapolitischer Bedeutung auch für die politische Dimension der griechischen EG-Vollmitgliedschaft hingewiesen. Dies war der Kongreß der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament vom 7. bis 10. September 1982, der ebenfalls in Griechenland stattfand. Im Sinne griechischer Ausgewogenheit wurde auch dieses Ereignis für die Pflege innergriechischer ‚public relations' benutzt, diesmal allerdings von und für die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK).

Diese Form neugriechischer Dialektik und Informationspolitik der Massenmedien ist vorwiegend auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen auf die Tatsache, daß heute der griechische Journalismus noch keinesfalls zwischen Berichterstattung einerseits und Kommentierung andererseits zu trennen vermag. Und zum anderen auf das Faktum, daß in der medienbezogenen Informationstätigkeit stets einer ‚verengten' parteipolitischen Räson der Vortritt vor der Objektivität sowie der pluralistischen Ausgewogenheit eingeräumt wird[1]. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungsstufe griechischer ‚Journalismus-Kultur' ist es dann kaum verwunderlich, nach welchen Kriterien und mit welchem Kalkül die Massenmedien Informationen selektieren, auswerten und aufbereiten, um sie dann der griechischen Öffentlichkeit weiterzugeben. Und erst

dann wird auch dem Beobachter klar, weshalb in Griechenland die Leser der konservativen Tageszeitungen nichts über den Kongreß der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament erfahren, während die regierungsfreundlichen Massenmedien die Kongresse der Konservativen übersehen[2].

Die Eindimensionalität griechischer Europapolitik

Der griechische Bürger, der sich umfassend informieren möchte und deshalb Aufklärung in einer regierungs- und einer oppositionsfreundlichen Tagespresse sucht, wurde anläßlich der oben erwähnten Kongresse mit kontroversen Aspekten und Analysen zur Europapolitik konfrontiert, die die provinzielle Dimension griechischer ‚ethnozentrischer' Betrachtungsweise sprengten, und die supranationalen Politikbereiche der Europäischen Gemeinschaft zur Ausgangsposition politischer Differenzen erhoben: Indem der konservative Lord Bethel die Europa-Politik der griechischen Regierung (im Zusammenhang mit der Polen-Frage[3], mit dem Afghanistan- und Nahost-Problem[4] usw.) kritisierte und hervorhob, daß diese Politik sowohl mit der Haltung der übrigen EG-Staaten als auch mit den Bemühungen um eine politische Integration der Gemeinschaft[5] unvereinbar sei, wurde der griechischen Öffentlichkeit zum ersten Mal seit der Vollmitgliedschaft des Landes (1981) eindeutig bewußt, wie komplex und mehrdimensional die EG-Politikbereiche sind, und wie eindimensional und vereinfacht sie von der griechischen politischen Elite perzipiert und entsprechend simplifiziert analysiert werden. Als der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Ernest Glinne, während einer Pressekonferenz unmißverständlich betonte, daß die Änderung einiger EG-Bestimmungen nur dann in Betracht käme, wenn dadurch eindeutige „Gemeinschaftsprobleme" und nicht „partiell-egoistische" gelöst würden[6], mußte die Bevölkerung klar erkennen, daß die ihr von der griechischen Regierung präsentierte ‚sozialistische Solidarität' im Dienste der Durchsetzung von einseitigen nationalen Interessen eher das Produkt einer Miß- oder Überinterpretation war als das der politischen Realitäten in der Gemeinschaft.

Die im Rahmen dieser Kongresse gelieferten Beiträge von griechischen Politikern, die von den Massenmedien gleichzeitig mit jenen der ausländischen Europaparlamentarier veröffentlicht wurden, konnten diesen Erkenntnisprozeß in der griechischen Öffentlichkeit nur noch verstärken: Als erster erschien der Vortrag des Oppositionsführers, Evangelos Averof, der in dem Versuch, seine politische Rede ‚europäisch' zu gestalten, zunächst mit dem griechischen Bürgerkrieg (1946–1949) und dessen Bedeutung für das freie Europa begann. Sodann sprach er über die „sehr guten Beziehungen" Griechenlands zu seinen „nördlichen Nachbarn" und schließlich – aber nicht zuletzt – vom türkisch-griechischen Ägäis-Streit sowie über die türkische Besatzung Zyperns[7]. Es folgte die – ebenfalls vor den Mitgliedern der konservativen Fraktion gehaltene – Rede des griechischen Staatssekretärs im Außenministerium, Grigoris Varfis, die eindrucksvoll zu zeigen vermochte, wie ‚Griechenland-zentristisch'

die Europapolitik der politischen Führung des Landes ausgerichtet ist und überdies, wie stark diese geistige Haltung und Interpretation die Denkstrukturmuster griechischer Politiker determiniert[8].

Ein Indiz, daß dieser Zustand bzw. dieses Phänomen keinesfalls mit der parteipolitischen Zugehörigkeit in Verbindung gebracht werden darf, sondern vielmehr als eine Art ‚ideologischen Überbaus' innerhalb der griechischen politischen Kultur aufzufassen ist, lieferte die ausführliche Rede des griechischen Premiers, Andreas Papandreou, vor den Fraktionsmitgliedern des „Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG": Als Kernbereiche für eine europapolitische Diskussion präsentierte Papandreou die Haltung Griechenlands zum Nahost-Problem, die Bemühungen seiner Regierung um eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan, die politischen Grundsätze seines Kabinetts im Zusammenhang mit dem Status der amerikanischen Militärstützpunkte in Griechenland sowie die türkische Bedrohung in der Ägäis, und zwar in Verbindung mit dem griechischen Bedürfnis nach Sicherheit und mit dem noch nicht gelösten Zypern-Problem. Erst am Ende seiner Rede wandte sich der griechische Ministerpräsident den Problemfeldern zu, die nach der griechischen EG-Vollmitgliedschaft sichtbar geworden bzw. entstanden sind. Dabei führte er die Genesis dieser Probleme auf zwei Faktoren zurück: Erstens auf die Tatsache, daß Griechenland seine kapitalistische Entwicklung bis heute noch nicht abgeschlossen hat, und zweitens darauf, daß die Beitrittsverhandlungen zwischen den vorangegangenen konservativen Regierungen und der Gemeinschaft die „strukturellen Schwächen und Gegebenheiten" Griechenlands nicht genügend berücksichtigt hätten. Abschließend kündigte Papandreou eine Reihe diplomatischer Schritte seiner Regierung an, die zwar weder den Austritt noch einen Sonderstatus verfolgen, jedoch eine Sonderbehandlung Griechenlands in der EG zum Ziel haben werden. Die Forderung nach Sonderbehandlung begründete er mit der griechischen Inflationsrate von über 20% sowie mit den strukturellen Schwierigkeiten der griechischen Wirtschaft, zu deren Überwindung die Hilfe der EG bei der Ausarbeitung eines Fünf-Jahres-Planes notwendig sei[9].

Europapolitik in der parteipolitischen Kontroverse

Fragt man sich nun nach Differenzen oder gar Kontroversen zwischen den Parteien zu europapolitischen Themen, so muß festgestellt werden, daß diese Frage kaum zu beantworten ist – zumindest bezogen auf das Jahr 1982. Diese Feststellung kann schon deshalb nicht überraschen, weil das griechische Parlament sich im Jahre 1982 kaum mit „europäischen Problembereichen" beschäftigte[10]. Außerdem dürfen die griechischen Besonderheiten der parteipolitischen Kultur im allgemeinen und die der parteipolitischen Kontroversen zur Europapolitik im besonderen nicht übersehen werden. So erschöpft sich die Europapolitik der PASOK seit ihrer Regierungsübernahme darin, der für die Beitrittsverhandlungen verantwortlichen ND, „nationale Versäumnisse" in diesem Zusammenhang vorzuwerfen. Auf der anderen Seite prangert die ND bei

jeder Gelegenheit die „inkonsequente Haltung der PASOK" mit dem Hinweis an, daß sie ihr Wahlversprechen, aus der EG auszutreten, noch immer nicht erfüllt habe. Verkündet die PASOK-Regierung nach jedem Treffen mit EG-Politikern oder nach jeder Verhandlung mit einer EG-Institution „griechische Erfolge auf internationalem Parkett", so eilt die Opposition sofort herbei, um dies zu dementieren und eine „bevorstehende Katastrophe" vorauszusagen[11].

In einem einzigen Punkt scheinen Regierungs- wie Oppositionsparteien einig zu sein, und zwar in der Perzeption und Auslegung der Rolle und der Funktion der Europäischen Gemeinschaft. Für beide Akteure ist die EG-Teleologie jene eines Supermarktes, von dem Griechenland auf wirtschaftlichem Gebiet dann erschöpfend profitiert, wenn seine politische Führung ‚geschickt merkantilistisch' vorzugehen versteht. Aufgrund dieser Einschätzung kristallisieren sich die Vorstellungen über die EG in Griechenland immer mehr auf eine ‚EG à la carte', in der ein Verhalten legitim ist, das sich am nationalen ‚Gout' orientiert: in Bezug auf Rechte also wie ein ‚Gourmant', in Bezug auf Pflichten allerdings wie ein ‚extravaganter Gourmet'[12].

Schlußfolgerungen

Sucht man im Berichtszeitraum 1982 nach dem Stellenwert einer Europapolitik, so scheint im Falle Griechenlands die Frage, ob dieses Land tatsächlich seit zwei Jahren Mitglied der EG ist, berechtigter als sie beispielsweise für Großbritannien jemals war. Eine Reihe von Entscheidungen, Fakten, Zuständen und Vorstellungen liefern den Beweis, daß bei einem großen Teil der Bevölkerung, bei der öffentlichen Verwaltung, den Gewerkschaften, den Universitäten, den Forschungseinrichtungen sowie im Parlament eine Grundhaltung vorherrscht, als ob Griechenland noch außerhalb der Gemeinschaft stünde. Anders wären das erkennbare Desinteresse, die verbreitete Unkenntnis und die bisweilen betonte Mißachtung gegenüber EG-Institutionen, -Beschlüssen und -Zielen kaum zu erklären.

Sieht man von einer sehr kleinen Beamten-Elite ab, die auf EG-Politikbereiche spezialisiert und vorwiegend im Außen- bzw. im Wirtschaftsministerium tätig ist, zeichnet sich die öffentliche Verwaltung durch eine Ignoranz gegenüber der Gemeinschaft aus, die den integrativen Prozeß Griechenlands in die EG zusätzlich erschwert. Und gerade diese Ignoranz, in Verbindung mit einer administrativen Arglosigkeit, ließ das 10. Mitglied in Situationen geraten, die uns in der Gestalt ‚grotesker Anekdoten' aus früheren historischen Epochen bekannt sind: Bis heute fehlt in den Unterlagen des mit dem Entwurf eines Fünf-Jahres-Planes zur wirtschaftlichen Entwicklung beauftragten Beamtenstabes die Kopie des der Gemeinschaft vorgelegten Memorandums, in dem die griechische Regierung die Notwendigkeit einer wirtschaftspolitischen Sonderbehandlung begründete[13]. Allerdings kann die Frage auf sich beruhen bleiben, wie effizient und problemorientiert ein solcher Plan überhaupt werden kann, wenn die mit dem Entwurf beauftragte Kommission die von der nationalen Regierung ange-

strebten zentralen wirtschaftspolitischen Ziele in Ermangelung entsprechender Unterlagen nicht berücksichtigen kann.

Zeigt dieses Beispiel paradigmatisch die Planungs- und Koordinationsunfähigkeit des griechischen politischen Systems, so dokumentiert das zweite eine rational schwer erfaßbare Ignoranz: Von den ca. 500 EG-Bestimmungen hat Griechenland bis heute nicht mehr als fünf(!) durchgeführt. Die verbleibende Zahl dieser Bestimmungen ist durch die legislatorischen Vorbereitungen auf allen Ebenen noch blockiert[14], und dies, obwohl viele dieser Bestimmungen die wirtschaftspolitischen Ziele der griechischen Regierung wesentlich fördern. ‚Splendid isolation' gegenüber allem Gemeinschaftlichen charakterisiert allerdings auch die Haltung der Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen dieses Landes: von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden bislang weder Seminare noch Diskussionen angeboten, vielleicht, weil die akademische EG-Forschung noch nicht für notwendig erachtet und deshalb auch keine Professur für EG-Problembereiche eingerichtet wurde[15]. Letzteres kann m.E. als eine der Ursachen dafür angesehen werden, daß EG-Diskussionen in der griechischen Gesellschaft immer noch nicht versachlicht werden konnten und deshalb weiterhin dämonisiert werden.

Fassen wir zusammen: Zwei Jahre nach Griechenlands Vollmitgliedschaft ist seine EG-Rolle unverändert geblieben; sieht man davon ab, daß die PASOK-Regierung das von Andreas Papandreou noch als Oppositionsführer angekündigte Referendum ‚ad calendas graecas' verschoben hat. Die Gründe dafür sind bipolarer Natur: Als interner Faktor einerseits wirkt dabei die Tatsache, daß dieses Land, das sich seit seiner Gründung vor 160 Jahren allzuoft als Objekt fremder Machtpolitik sah, die Europäische Gemeinschaft heute als eine Plattform benutzt, um durch eine unerschütterliche Standhaftigkeit (die unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit unterstützt wird), endlich seine nationale Identität zu finden[16]. Diese Suche wird instrumentalisiert entweder in der Form einer abweichenden Haltung, wie beispielsweise bei der Unterzeichnung des Abschlußkommuniqués der EG-Außenminister in Sachen Polen und Sowjetunion, oder bei der Interpretation des Konsens aller EG-Mitgliedstaaten. Als externer Faktor andererseits wirkt in diesem Zusammenhang die ‚geschichtslose Konstruktion' einer gemeinschaftlichen Integration mit bürokratischen Mitteln sowie die arrogante Einstellung eines Teils der EG-Bürokratie und mancher Massenmedien, die immer dann, wenn Griechenland nicht ‚synchron' mit den anderen Partnern läuft, lautstark ihren Unmut mit dem Satz: „to kick out Greece" zum Ausdruck bringen. Da diese psychologische und geistige Haltung von Euro-Beamten und -Politikern ebenso wie eine grundlegend andere Reaktion der Gemeinschaft auf ‚Abweichler' aus dem Norden oder Westen in Griechenland akribistisch registriert wird, verbreitet sich in der Bevölkerung die Ansicht, daß die EG-Partner Griechenland nur in der Rolle eines ‚unbotmäßigen Jungen' perzipieren. Die Gemeinschaft sollte sich aber allmählich mit der Tatsache abfinden, daß Griechenland, obwohl und gerade weil

es kein hochentwickelter Industriestaat ist, ebenso mit Nachdruck seine nationalen Interessen zu verteidigen und durchzusetzen versucht[17], wie es die Partner in der Gemeinschaft als ihr legitimes Recht für sich beanspruchen.

Unter diesen Auspizien betrachtet, ergibt sich als Perspektive für die nächsten Jahre, daß das Beziehungsverhältnis zwischen Griechenland und der EG primär beeinflußt und abhängig zu machen ist von der weiteren Ausgestaltung der oben analysierten externen und internen Faktoren. Die Tatsache, daß diese beiden Faktoren einander bedingen und beeinflussen, entläßt weder die Gemeinschaft als solche noch ihre Mitgliedstaaten im besonderen aus der Verantwortung um das Verhältnis zu Griechenland als Partner. Ob Griechenland eines Tages das Attribut eines ‚Europa-überzeugten' Gemeinschaftsmitgliedes für sich in Anspruch zu nehmen gewillt ist, hängt nicht zuletzt auch davon ab, inwieweit die Gemeinschaft bereit ist, einen wichtigen, auf Griechenland positiv wirkenden Lernprozeß zu vollziehen: Gemeint ist damit die Änderung der Attitüden, die in Griechenland – nicht immer grundlos – als ‚Apperzeptions-Verweigerung' kleineren Mitgliedern gegenüber interpretiert werden, sowie das Ablegen einer ‚paternalistischen' Haltung dem Süden gegenüber, welche die griechische öffentliche Meinung veranlaßt anzunehmen, daß in der Gemeinschaft dem Süden gegenüber das im Übermaß betrieben wird, was wegen einer ‚Mystifizierung und Verklärung' einem nördlichen oder westlichen Mitglied (z.B. England oder Frankreich) gegenüber zu sagen nicht tunlich erscheint, allenfalls noch gedacht werden darf.

Anmerkungen

1 Zu diesem Ergebnis führt eine systematische und über einen längeren Zeitraum durchgeführte Inhaltsanalyse griechischer Tageszeitungen, und zwar unabhängig von ihrer parteipolitischen Präferenz oder ihrer ideologischen Ausrichtung.
2 Kathimerini, 6.–11.9.1982; Eleftherotypia, 6.–11.9.1982; To Vima, 12.9.1982; Mesimvrini, 6.–11.9.1982.
3 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 1. 1982.
4 Vgl. die Dokumente Nr. 1,3,8 u. 14 in diesem Band.
5 Kathimerini, 9.11.1982; Mesimvrini, 9.11.1982.
6 Eleftherotypia, 9.11.1982; Ta Nea, 9.11.1982.
7 Kathimerini, 8.9.1982; Mesimvrini, 8.9.1982.
8 Kathimerini, 9.9.1982; Mesimvrini, 9.9.1982.
9 Eleftherotypia, 9.9.1982; Ta Nea, 9.9.1982.
10 Oikonomikos Tachydromos, 14.10.1982.
11 Vgl. auch die griechischen Tageszeitungen im Jahre 1982.
12 Vgl. hierzu die europapolitische Berichterstattung des Wochenmagazins Oikonomikos Tachydromos im Berichtszeitraum 1982.
13 Oikonomikos Tachydromos, 18.11.1982; das Memorandum ist abgedruckt in: Bulletin der EG, Nr. 3/1982, S. 100–104. In den EG-Organen selbst stand es erst Anfang 1983 zur Debatte.
14 Oikonomikos Tachydromos, 18.11.1982.
15 Oikonomikos Tachydromos, 18.11.1982.
16 Vgl. auch Gerd Höhler, Pirouetten bei der Suche nach sich selbst, in: EG-Magazin, Februar 1982, S. 14–15.
17 Oikonomikos Tachydromos, 3.2.1983.

Weiterführende Literatur

Maraveyas, Napoleón, La Grèce et la politique agricole commune, in: Revue du Marché commun, Paris 1982, Nr. 257, S. 239–246.

Talgorn, Christian, L'application de la politique agricole commune à la Grèce, in: Revue du Marché commun, Paris 1982, Nr. 257, S. 247–264.

Yataganas, Xenophon, Main legal problems arising during the interim period and immediately after Greece's accession to the European Communities, in: Journal of Common Market Studies, Oxford 1982, Nr.4, S. 333–359.